

wenig erfreulich, und man wird daraus die Mahnung zu doppelter Vorsicht gegen das Anwachsen des außerordentlichen Staats entnehmen müssen. Immerhin wird man irgend eine Abkehr von den soliden Grundsätzen der Finanzwirtschaft, die darin gipfelt, daß die Verwaltung mit allen Mitteln der Vermehrung der Staatschuld einzugehen und mit Energie vorbeugen muß, gewiß nicht erblicken können. Man hat sich hier gegenwärtig zu halten, daß der außerordentliche Staat der laufenden Periode 1912/13 außerordentlich nicht unerheblichen Beträgen für neue Eisenbahnliniien eben die gedachte große Summe von 27 Millionen Mark für Koblenzfelder entfällt, also Ausgaben, die sich höchstens häufig einmal gut rentieren werden und für die eine Deckung durch Anleihe um so mehr vertretbar ist, als ihr Augen erk späteren Geschlechtern zugute gehen wird.

Sehr unerfreulich ist aber, daß auch

der neue außerordentliche Staat

für die Periode 1914/15, ungeachtet der jüngstigen Prüfung der einzelnen Einstellungen, wiederum eine ganz außergewöhnliche Höhe, und zwar eine solche von fast 78 Millionen Mark, erreicht. Durch dieselben hohen außerordentlichen Staat der laufenden Periode erhöht sich der ungedeckte Fehlbetrag von 101 Millionen Mark auf nicht weniger als 163 Millionen Mark. Wenn gleichwohl vom Anleihefonds bis zum Ende der Periode nur 28 Millionen Mark in Anspruch genommen werden, so beruht das vor allem darauf, daß ein großer Teil der bewilligten Ausgaben bisher noch nicht geleistet worden ist. Alle einmal ausgesprochenen Bewilligungen werden aber über kurz oder lang zur Veranschlagung kommen, und so wird es unter den vorliegenden Umständen nicht zu vermeiden sein, daß auf Deckung der Ausgaben der außerordentlichen Staat in der künftigen Staatsperiode weitere Anleihenbeträge in erheblichem Umfange aufgenommen werden. Dies wird um so gewisser der Fall sein, als die laufende Periode, soweit es jetzt zu übersehen ist, irgend erhebliche Überschüsse, die mit dem Laufzeitende der Vorperiode im Vergleich zu stellen waren, nicht erwarten läßt. Es hätte daher für die bevorstehende Periode als Vorbildschau eine weitere Vermehrung der 3-prozentigen Rente um 2 Millionen Mark, wiederum durch Begründung von Buchforderungen im Staatsbuch und weiter eine Ausgabe von 30 Millionen Mark 4-prozentiger Rente neu in den Staat einzustellen; und analogisch der Höhe der auf das Anleihefonds genommenen Ausgaben ist es fraglich, ob mit diesen Beträgen auszukommen sein wird. Mit der Ausgabe der 4-prozentigen Anleihe wird indes noch eine Zeitlang an warten sein. Es mehren sich seit einiger Zeit die Anzeichen dafür, daß die geschäftliche Konjunktur sich dem Abstieg zuneigt, wodurch vielleicht eine Entspannung des Geldmarktes eintreten wird. Von vielen Seiten wird über unbefriedigenden Geschäftsgang geklagt. Die Abhöfe einer Reihe von Gewerbegeellschaften zeigen gegen früher geringere Gewinne oder gar Verluste. Der Güterverkehr der Staatsseisenbahnen liefert seit einiger Zeit niedrigere Erträge als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Ein Mangel an Gütern, der fortwährend jeden Jahres einzutreten pflegt, ist in diesem Jahre so gut wie nicht zu beobachten gewesen. Die Aufkennnahmen des Reiches weisen gleichfalls teilweise einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr auf.

Gegenüber diesen Erscheinungen, die in den Ergebnissen der durchschnittlich guten Ernte des laufenden Jahres nur teilweise einen Ausgleich finden, könnte es an sich auch fröhlich erscheinen, ob es gerechtfertigt ist, gerade zu dem heiligen Zeitpunkte, wo geringste Anstreiche des Berichts zu erwarten sind, mit so wesentlichen Neuanschlägen, insbesondere für das Eisenbahngesetz, vorauszusehen. Ich schaue hier ein, daß der außerordentliche Staat 1914/15 nicht weniger als rund 27 Millionen Mark für Vermehrung der Betriebsmittel und trotz aller Einschränkung über 88½ Millionen Mark für Ergänzungsbauten an den bestehenden Linien aufweist. Ich glaube aber doch, die eingestellten hohen Forderungen verantworten und zur sofortigen Bewilligung empfehlen zu sollen. Einmal sind die Ergänzungsbauten großenteils durch Rücksicht auf die Betriebssicherheit bedingt und mithin dringlich, und weiter darf erfahrungsmäßig auf einen baldigen Wiederaufschwung des Geschäftsbetriebs und des Verkehrs und damit eine volle Ausnützung der neuen Anlagen gerechnet werden, während anderseits gerade durch diese großen Staatseinstellungen weiteten Kreisen unterer Verbilligung neuer Verdienst aufgeführt wird, der ihnen in Zeiten einer rückebenden Konjunktur doppelt erwünscht ist. (Sehr richtig!) Auch lädt es sich erhoffen, daß manche der geplanten Arbeiten gerade infolge der rückwärtigen Konjunktur billiger herzustellen sein werden; geben doch die Preise vieler Materialien seit einiger Zeit nicht unerheblich zurück, so daß schließlich auch die Staatsfahne in gewissem Sinne ihre Rechnung finden wird.

Wende ich mich nunmehr zum

ordentlichen Staat

der bevorstehenden Periode, so ist es dieses Mal recht schwierig gewesen, den nötigen Ausgleich zwischen den Ausgaben und Einnahmen herzustellen. (Zahlen links und Kurz: Alle Jahre wieder!) Die Anstreiche der einzelnen Verwaltungshäuser zeigten vielfach eine unerwartete Steigerung und fanden ungeahnt eingehender Verhandlungen nicht überall so ermaßigt werden, wie ich es vom Standpunkt der Finanzverwaltung aus gewünscht hätte. Nur mit großer Mühe war es möglich, den Mehrbedarf an Ausgaben im Betrage von 88½ Millionen Mark im Staat untersubtrahieren. Infolge der Steigerung um 88½ Millionen Mark hat die erstaunliche Jahresausgabe die Höhe von fast 102 Millionen Mark, also beinahe ein halbe Milliarde gegen 45½ Millionen Mark im laufenden Staat erreicht.

wird man vom formalen Standpunkt aus seinem Vortrag das höchste Lob zu zollen und immer von neuem den komme-welchen, wandlungsfähigen Anschlag und die elegante, gehändigte Künstlichkeit seiner unverzerrten Technik zu bewundern haben. Das Publikum bedachte den Künstler mit brausendem Beifall. — Als Belangsolistin von dramatischer Kraft zeigte sich Frieda Langendorff aus Berlin, die mehrfach falsch Herodias, Altmannsära, Ottodus bei Ausbildungsspielen in der Opernhaus berechtigtes Aufsehen erregte. Sie ist eine künstlerische Individualität, die ihre starken Mittel in den Dienst des seelischen Ausdrucks stellt. Zwar hat ihr Mezzosopran nicht in allen Tagen mehr die Schönheit der Ingendstimme, aber das Organ ist namentlich großen Bühnenaufgaben durchaus gewachsen. Die Adriano-Krie aus dem dritten Akt des Arienst. bemisst es wieder. Bundervoll gelungen der Künstlerin auch einige der schönsten deutschen Kantsätze von Beethoven, Schubert, Brahms, Wolf und Strauss. Karl Preissl war ihr trefflicher Begleiter.

* Der Wiener Schriftsteller Karl Kraus genießt in dem engeren Bezirk seines journalistisch satirischen Wirken den Ruf eines schrecklichen Drachentöters. Nun hat man ihn am Vorlesetisch im kleinen Saale des Künstlerhauses gelesen und findet ihn gar nicht so wild und furchtbarlich. Ein klarer, heller Kopf mit satirischer Veranlagung, der die Angriffsflächen des öffentlichen kommunalen und politischen Lebens mit Peilen spielt. Den Wienern mag wohl manchmal die Haut jucken. Aber etwas Dämonisches und Abgrundiges ist nicht in seiner ganzen Art zu entdecken. Seine feinsinnige Begabung hat einen versteckten Haß, er walzt seine Ideen allzu breit aus und bringt sich durch die Häufung von mehr oder minder satirischen Einfällen um die Wirkung. Ihm fehlt das Maß, das auch bei der Erfaltung sogenannter "Witheit" nötig ist. Um meisten ähnelt seine Art der des Spotters Saphir, der ja immer für gefährlicher gehalten wurde, als er wirklich war. Die Gaben, die Kraus in einer zweieinhalbstündigen

Bei einer solchen Steigerung aber haben die Einnahmen in einer Weise eingestellt werden müssen, daß eine über den Staat hinausgehende Bewilligung neuer Ausgaben unter Berücksichtigung der Einnahmen aus den vorhandenen Quellen als völlig ausgeschlossen erscheinen muß.

Eine der beachtlichsten Erscheinungen des Staats ist die, daß er von neuem eine ganz ungewöhnliche Steigerung der persönlichen Ausgaben bringt. Sie weilen aufzunehmen ein Betrag von über 18 Millionen Mark auf, darunter für Besoldungen rund 4½ Millionen Mark mehr, während die anderen persönlichen Ausgaben eine Steigerung um fast 9 Millionen Mark erfahren. Die Vermehrung der Wohnungsgeldzuschüsse, die nunmehr die Höhe von fast 12 Millionen Mark erreichen, ist hauptsächlich auf die seit dem 1. Januar dieses Jahres eingetretene gesetzliche Erhöhung der einzelnen Säcke um 30 Prozent zurückzuführen, eine Regelung, die die Beamtenhaft dankbar begrüßt hat. Die Vermehrung der Besoldungsaußenaber, deren Betrag sich auf rund 88½ Millionen Mark stellen wird, beruht zum Teil auf voller Einstellung der Besoldungen für die im Vorsetz neu gegründeten Stellen, sowie auf der allmäßlichen Aufrüstung der Beamten nach dem Dienstalter, also auf der fortwährenden Wirkung der Besoldungsordnung, zum größten Teile aber auf Stellenvermehrungen und Erhöhung der Besoldungen für einzelne Beamtengruppen.

Die Bestrebungen der Staatsverwaltung, den Dienst zu vereinfachen, sind eifrig fortgegangen. In grohem Umfang sind überall Umdienstlichkeiten im inneren Dienst, soviel es nur ging, beseitigt, zum Teil auch Beamtenstellen eingesogen. Dienststellen mit anderen vereinigt worden. Auch ist man in größerem Umfang dazu verharrten, einfache Amtsgeschäfte durch einfacher vorgebildete, geringer bezahlte Kräfte ausführen zu lassen. Trotzdem aber drängte auf der anderen Seite die fortgeschreitende Entwicklung der Staatsverwaltung in großem Umfang zur Begründung neuer Stellen, so daß schließlich der neue Staat statt einer Verminderung eine Vermehrung um 174 Beamtenstellen aufweist. Die große Mehrzahl dieser Stellen entfällt auf die Staatsseisenbahnverwaltung, wo besondere Verhältnisse vorliegen. Die Regierung ist sich bewußt, daß ihrem Vorgehen in den Besoldungsänderungen Einwendungen entgegengesetzt werden können. In erster Linie vermag die Regierung, wie ich sie bezeichne, von Mißerfolgen vorausdenken möchte, ein Bedürfnis für eine Revision der Besoldungsordnung im Sinne einer Neuregelung des ganzen Besoldungswesens nicht anzuerkennen. Die Besoldungsordnung steht noch nicht ganz fünf Jahre lang in Kraft. Sie hat sich im ganzen wie im einzelnen als ein wohlgelegtes Werk erwiesen und in der Praxis vollkommen bewährt. Es ist menschlich zu begreifen, daß die einzelnen Beamtenklassen sehr geneigt sind, ihre Leistungen und ihre Bedeutung im Staatsleben hoch einzuschätzen und vergleichsweise höher zu bewerten als die Leistungen und die Bedeutung anderer Beamtenklassen. Es kommt aber noch ein zweites in Betracht. Jede generelle Neuregelung des Besoldungswesens erfordert einen Mehraufwand von Millionen, man mag dabei so vorsichtig sein, wie nur möglich. Letztlich ist aber unsere Finanzlage nicht so beschaffen, daß derartige Beiträge ohne Erhöhung der direkten Steuern flüssig gemacht werden könnten. Beider bieten sich aber auch für die Zukunft unseres Staatshaushalts keine erfreulichen Aussichten. Der Druck, der auf weiten Kreisen unseres Erwerbslebens lastet, läßt eine abhängige weitere erhebliche Steigerung der Staatsausgaben, insbesondere aus der für die Staatsfinanzen ausschlaggebenden Einkommenssteuer, nicht erwarten. Deswegen wird der Wehrbeitrag, wie Ihnen bekannt, mehrere Jahre hindurch die Steuerzahler stark in Anspruch nehmen und im Verein mit der neuen Besitzsteuer die Entwicklung unserer direkten Landessteuern nachteilig beeinflussen. In solcher Zeit eine Besoldungskorrektion vorzunehmen, die Millionen erfordert und nur durch Erhöhung der direkten Landessteuern ermöglicht werden könnte, das muß die Regierung allerdings als völlig ausgeschlossen bezeichnen. Gerade aus dem Grunde aber, weil aus finanziellen Rücksichten eine durchgreifende Revision der Besoldungsordnung in absehbarer Zeit nicht in Aussicht genommen werden kann, hat die Regierung geplänet, nicht mehr darauf bestehen zu können, daß alle Änderungen der Besoldungsordnung, soweit sie nicht zu den eingeschlossenen Kategorien gehören, bis zu einer künftigen Revision der Besoldungsordnung zurückgestellt werden müssen. Bei einzelnen Beamtenkategorien haben sich, wie nicht zu verkennen ist, die Verhältnisse seit Schaffung der Besoldungsordnung so entwickelt, daß eine Neuregelung ihrer Besoldungen unerwartet einer Revision des gesamten Besoldungswesens notwendig und im dienstlichen Interesse dringlich erscheint. Diese Fülle hat die Regierung sorgsam ausgewählt. Dabei sind vorzugsweise untere und mittlere Beamte, höhere Beamte nur ganz ausnahmsweise berücksichtigt worden. Allen fülligen Verhandlungen über den Gegenstand aber möchte ich den Wunsch mitgeben, daß allseitig das Wort berücksichtigt werden möge: In der Beschränkung zeigt sich der Wehrbeitrag. Ich darf hier noch darauf hinweisen, daß der Staat auch in mehreren anderen Beziehungen für zahlreiche Beamtengruppen, und zwar ausschließlich für solche Beamten, die nicht wissenschaftlich gebildet sind, also im wesentlichen für mittlere und untere Beamte, Verbesserungen bringt, die das Budget des einzelnen Beamten ganz wesentlich erleichtern werden.

Bon den im Staat enthaltenen Mehrforderungen zu anderen persönlichen Ausgaben von fast 9 Millionen Mark entfallen mehr als 3 Millionen Mark auf die Einnahme von 88½ Millionen Mark gegen 45½ Millionen Mark im laufenden Staat erreicht.

Vorlesung bot, waren nicht alle gleich. Die Satire auf das Wiener Verkehrsleben, mit der er begann, ist amüsant und jedenfalls in ihren wesentlichen Zügen aufrüttend. Sehr belästigt wurde die „erzieherische“ Wirkung des Blafats, obwohl man sich nicht verschließe, daß die Fassung etwas an einen geschickt gemachten Varietévortrag erinnerte. Stärker und in ihrer Art fiktiver waren einige kleine Stücke, zu denen mancherlei Lebenserscheinungen und öffentliche Charaktere der Satire nicht unberührten Anlaß gegeben hatten. Kommunale Saiten von rein Wienerischer Füllung können natürlich nur an Ort und Stelle ihre volle Schlagkraft haben. Einzigst erlich der Standpunkt, den Kraus in der Reger-Satire einnahm, hier trat jedoch etwas von der „Bildheit“ des Verfassers hervor. Eine vorzüchliche Gliederung des Vortrags, mühsame Aussprache erhöhten den Effekt des einzelnen Söchelschen. Man hat in diesem Wiener, dem die Zustände seiner Heimat so viel Stoff zu bitteren Betrachtungen gab, einen geschickten, von vollem Geist erfüllten Journalisten kennen gelernt, an dessen Wirkung auch auf einen großen Bücherekreis nicht zu zweifeln ist.

* Zwei neue Schöpfungen in der Galerie Arnolds. Den vielen Freunden der Kunst Max Klinger's, die sich gerade bei uns in Dresden zusammengefunden haben, wird es erfreulich sein zu hören, daß die Galerie Arnolds zurzeit zwei neue plastische Schöpfungen des Künstlers beherbergt, die beweisen, daß Klinger als Bildhauer in erfreulicher Fortbildung degriffen ist. Beide Arbeiten, sowohl die lebensnahe „Gewandfigur“, als die „Japanerin“, die aus der Leipziger Jahresausstellung noch hier überführt sind und sich in der Ausstellung der Galerie Arnolds, namentlich am Abend bei elektrischer Beleuchtung, vorzüglich aussehen, wirken schon deshalb erfreulich, weil Klinger bei ihrer Schöpfung einmal den gräßlichen, spöttischen Zug seines Weins überwunden und nur die Wiedergabe eines schönen weiblichen Körpers angestrebt hat. Beide haben, wie einst die „Amphitrite“, gar

den Bedarf für Pensionen, vornehmlich infolge der im vorigen Sandtag zur Größe unserer Beamtenchaft eingeführten Verbesserung und Erhöhung der Pensionen der Männer und Frauen der Beamten, sowie der teilweisen Anrechnung der Wohnungsgeldzuschüsse. Der jährliche Besoldungsaufwand des Staates erreicht damit die außerordentliche Höhe von 28 120 615 Mf. gegen 24 809 701 Mf. im Vorsetz, ohne daß sich hier ein Stillstand absehen läßt. Weiter gehört hierher u. a. eine Mehrbelastung von über 4 Millionen Mark in Kap. 16 für Höhe der Eisenbahnbediensteten. Wenn ich noch anfüge, daß im außerordentlichen Staat 1 Million Mark für Baudarlehen an genossenschaftliche Beamtenwohnsiedlungen bei den Bahndienststellen und 2 Millionen Mark dergleichen an gemeinnützige Bauvereine und Baugenossenschaften im Interesse von Eisenbahnbediensteten bereit gestellt werden, so können Sie aus alledem ersehen, daß die Regierung auch in weniger günstigen Zeiten nicht müde wird, für ihr Personal zu sorgen.

Die vorübergehenden sozialen Ausgaben ergeben insgesamt eine Erhöhung um rund 22½ Millionen Mark, während die einmaligen sozialen Ausgaben eine kleine Abnahme aufweisen.

Die Mehrneinnahmen, die die Aufnahme der Mehrausgaben in den Staat gekrönt haben, entstammen verschiedenen Verwaltungen, so konnten bei den Staatsforcen die Einnahmen um mehr als 1 Million Mark höher eingestellt werden. Ferner ist von den Domänen und Antzügen ein Mehrüberschuß von etwas über 100 000 Mf. zu erwarten. Auch die übrigen Überkapital sind weit mit etwas größerem Überdruck eingestellt, so die Porzellan-Manufaktur, das Stein Kohlenwerk Bautzen, die Blaufarbenwerk. Die städtisch erheblichen Mehrneinnahmen werden allerdings auch hier großteils durch Mehrausgaben verbraucht. Die staatlichen Erzbergwerke erscheinen infolge der leider unvermeidlich gewordenen Einstellung des Betriebes mit einem Mindestrausch von fast ½ Million Mark.

Auch einzelne Auschüsse erfreuen die Finanzverwaltung durch höhere Schätzung der am erwarteten Einnahmen. Vergleicht man die Nettoerträgssätze, also die Überschüsse und Auschüsse der einzelnen Kapitel miteinander, so ist die Gesamtkommission der Überschüsse und der Aufschüsse von je 7 149 630 Mf. gestiegen; sie gleicht sich jetzt mit rund 110,2 Millionen Mark aus. Der große Hauptteil der Mehrüberschüsse entkommt den Steuern, da die Eisenbahnverwaltung ihre sehr erheblichen Bruttoreinnahmen für eigene Mehrausgaben voll in Anspruch nehmen müssen. Die Steuerhaber aber haben sich die direkten Steuern und von diesen wieder hat sich neben der Grund- und neben der Erzbergungssteuer vornehmlich die Einkommensteuer mehr und mehr zum eigentlichen Rückgrat der Staatsfinanzen entwickelt. Eine vorausschauende Finanzpolitik muß daher gerade die Steuern besonders pflegen. Auch für die vorliegenden Staat konnte abermals eine möglichste Steigerung eingestellt werden. Eine noch wesentlichere Steigerung der Steuer aber, wie folgt der Vorsetz aufweist, war dieses Mal von vornherein ausgeschlossen, einmal im Hinblick auf die mehrere Jahre alte tatsächliche Deutlichkeit in zahlreichen Erwerbskreisen und sodann auch in Rücksicht auf die bevorstehende Erhebung des Wehrbeitrages, der unter dem Lande größere Kapitalien entziehen und somit in der einen oder anderen Weise doch der Erweiterung von Betrieben und der Erhöhung der Einnahmen aus diesen hinderlich sein wird.

Es erscheint unerlässlich, in diesem Zusammenhange in Kürze auf

das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Bundesstaaten einzugehen. Bei der großen Wichtigkeit der Sache bin ich Ihnen das ihwidig. Als ich bei Beginn des vorigen Landtags den Staat vorlegte, konnte ich das finanzielle Verhältnis zwischen dem Reich und den Bundesstaaten nur als wenig erfreulich bezeichnen. Heute nach zwei Jahren, in die finanzielle Lage der Bundesstaaten im Verhältnis zum Reich leider noch wesentlich ungünstiger geworden. Der Anteil der Bundesstaaten an der Reichsverfassungssteuer ist von einem Viertel auf ein Fünftel herabgestiegen und außerdem haben die Einzelstaaten zwei wichtige Objekte der Steuerfreiheit an das Reich abtreten müssen: die Gesellschaftsverträge und die Versicherungsverträge. Der jährliche Verlust hieraus beträgt für die sächsische Staatskasse reichlich 1 Million Mark, wovon nur der dreijährige Durchschnitt des Ertrages der bisherigen Landessteuer auf Gesellschaftsverträge und Versicherungsverträge bis zum 1. April 1913 durch eine Entschädigung aus der Reichskasse gedeckt wird. Selbstverständlich sind die Mindereinnahmen bei der ganzen Lage des sächsischen Staatshaushalts höchst unerwünscht. Sie würden uns, den vom Reich aufgegebenen Anteil an der Grundwertszuwachssteuer für die sächsische Staatskasse in Anspruch zu nehmen, um dem Verlust wenigstens teilweise beizufügen. Noch schlimmer aber ist es, daß bei dem iontigen Ausbau der Reichssteuergegenbung zur Deckung der Kosten der leichten großen Wehrvorräte auch das Objet der direkten Steuern nicht unangefasst geblieben ist. Tatsächlich sind die Wehrbeiträge und die Vermögenszuwachssteuer ein. Beide dieser beiden Abgaben greift in der Steuerfreiheit der Einzelstaaten ein. Beide enthalten eine Durchrechnung des Grundbuchs, der seit der Begründung des Reiches vor 42 Jahren hindurch zum Segen der Bundesstaaten und damit des Reichsganzen festgehalten und gegen alle Angriffe erfolgreich verteidigt worden war: des Bismarckischen Grundbuchs, die direkten Steuern vom Einkommen und Vermögen der Bundesstaaten und Gemeinden zur ausschließlichen Verfügung zu belassen. Was das zu bedeuten hat, kann ich Ihnen nicht besser vor Augen führen.

* Galerie Ernst Arnolds. In der Ferdinand-Denk-Mauselkellung wurden bisher nachfolgende Werke verauft: Der Brief, zwei Porträts, Neugieriger Harlekin, Alter Salomon, Schloßwache, Altes Schloß und der Spiegelgang. Die Ausstellung verbleibt noch bis einschließlich Sonntag den 30. November, während sie eine Ausstellung von Werken Prof. Carl Hofer, Prof. Ignazius Johann Georg Leibnitz, der Galerie Ernst Arnolds durch seinen Sohn Leibnitz aus und beschreibt mit lebhaftem Interesse die Klinger-Figuren, die Ferdinand-Denk-Mauselkellung und die Verkaufs-Ausstellung.

* Der Maler und Bildhauer Prof. Ignazius Leibnitz ist, wie aus München gemeldet wird, gestorben. Am Nachmittag in Dachau an Herzkrankheit gestorben.

* „Androclus der Weise“, ein satirisches Märchenstück von Bernard Shaw, hatte bei der Uraufführung in den Berliner Kommerziellen einen großen Erfolg. Ueber Inhalt und Wesen der Dichtung ist bereits nach der Uraufführung Näheres bekannt gegeben.